

NEWSLETTER









18.12.2020

Avenue ID: 1411
Artikel: 15
Folgeseiten: 18

Print

	16.12.2020	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern Spannender Blick ins Innere des verschwiegenen Bauriesen Marti	01
	16.12.2020	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern So stark lebt der Bauriese Marti von Staatsaufträgen	02
	16.12.2020	La Quotidiana Tohuwabohu enstagl dad «Oh bainvgnü Nadal»	07
	12.12.2020	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern Das sagen Berner Beizer zur Sperrstunde	08
	12.12.2020	Bieler Tagblatt Sperrstunde: Das sagen Berner Beizer	10

News Websites

	18.12.2020	derbund.ch / Der Bund Online Welche Massnahmen etwas bringen	12
	18.12.2020	landbote.ch / Der Landbote Online Welche Massnahmen etwas bringen	14
	17.12.2020	bazonline.ch / Basler Zeitung Online Welche Massnahmen etwas bringen	16
	17.12.2020	handelszeitung.ch / Handelszeitung Online Bauriese Marti gibt erstmals Einblick ins Unternehmen	18
	17.12.2020	nau.ch / Nau Urnenabstimmung anstelle von Gemeindeversammlung	19
	17.12.2020	tagesanzeiger.ch / Tages-Anzeiger Online Welche Massnahmen etwas bringen	20
	16.12.2020	bernerzeitung.ch / Berner Zeitung Online So stark lebt der Bauriese Marti von Staatsaufträgen	22
	11.12.2020	bernerzeitung.ch / Berner Zeitung Online Das sagen Berner Beizer zur Sperrstunde	27

News Websites



11.12.2020

crossiety.ch / crossiety Blog

So bettest du Gruppenbeiträge auf deiner Webseite ein

30

Blogs



11.12.2020

crossiety.ch / crossiety Blog

So bettest du Gruppenbeiträge auf deiner Webseite ein

33



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

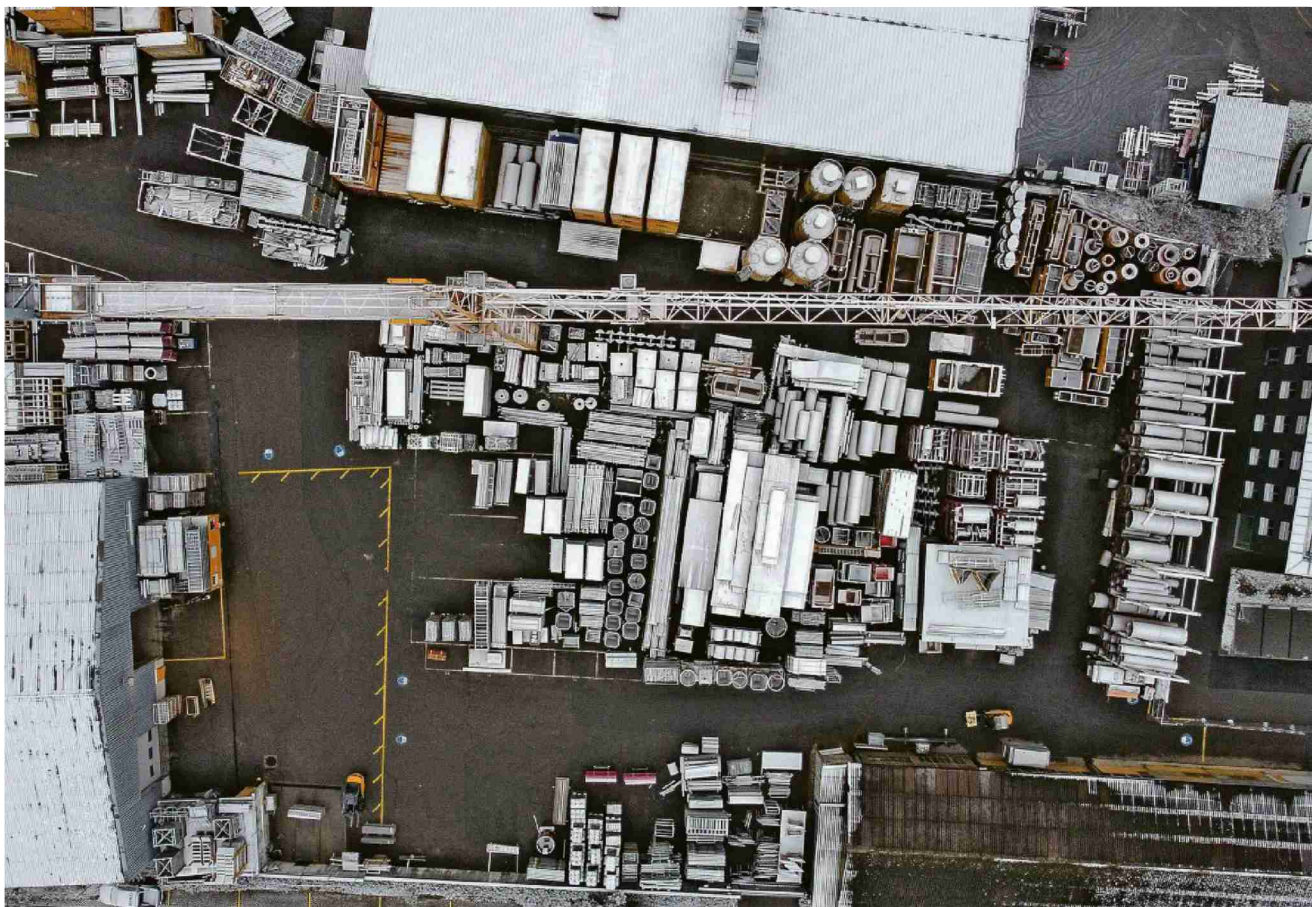
Seite: 1
Fläche: 31'441 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257874
Ausschnitt Seite: 1/1

Print

Spannender Blick ins Innere des verschwiegene Bauriesen Marti



Bauwirtschaft In Moosseedorf hat die Berner Baufirma Marti ihren Hauptsitz und das zentrale Lager. Das Unternehmen beschäftigt 7000 Mitarbeiter und lebt stark von Aufträgen des Staates. Gegenüber der Öffentlichkeit ist es dagegen seit je sehr verschwiegen. Das sorgt für Kritik. *(bit)*

Foto: Beat Mathys



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 241'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257974
Ausschnitt Seite: 1/5

Print

So stark lebt der Bauriese Marti von Staatsaufträgen

Verschwiegener Berner Baukonzern Die Baufirma Marti steht durch den Skandal am Blausee und den Streit mit der BLS im Medienfokus. Seit 2015 erhielt sie Staatsaufträge in Milliardenhöhe.



Derzeit arbeitet Marti auch an der Umgestaltung des Viktoriaplatzes in Bern mit. Foto: Raphael Moser

Benjamin Bitoun

Gelbe Baracken, gelbe Krane und gelbe Baumaschinen auf scheinbar fast jeder Grossbaustelle der Schweiz: Das ist, was in der Öffentlichkeit vom Baukonzern Marti zu sehen ist. Was sich aber hinter dem allgegenwärtigen Firmenemblem, dem Kreis mit einem stilisierten kleinen «m» verbirgt – wichtige Geschäftszahlen, Erfolge, Verluste oder Rechtshändel –, bleibt im Dunkeln. Denn: Der Bauriese mit Hauptsitz in Moosseedorf kommuniziert nicht.

Marti schwieg, als das Unternehmen im Zusammenhang mit einem mutmasslichen Kieskartell im Raum Thun-Bern in den

Fokus der Wettbewerbskommission rückte. Schweigen auch, als vor zwei Jahren amtlich wurde, dass der Konzern im Luzerner Hinterland mit rechtsmissbräuchlichen Mitteln um Kiesressourcen kämpfte. Und auch zum jüngsten Streit mit der BLS um Nachzahlungen von 41 Millionen Franken bei der Sanierung des Lötschbergtunnels kam von Marti die Antwort: kein Kommentar.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Diese Devise gehört beim 1922 gegründeten Familienunternehmen seit vier Generationen zur Firmen-DNA. Als er Ende der 1980er-Jahre von einem «Bilanz»-Journalisten auf

den Umsatz angesprochen wurde, sagte der damalige Patron Alfred Marti den Satz, der auch für seine Nachfolger, Sohn Rudolf Marti und Enkel Reto Marti, gelten sollte: «Wir haben noch nie Geschäftszahlen bekannt gegeben. Wir sagen nichts. Punkt und Schluss.»

Bleibt die Frage: Wie tickt der Konzern, der seit nahezu hundert Jahren buchstäblich überall in der Schweiz und vielerorts im Ausland die Erde aufreisst und Tunnel durch Berge bohrt, zu einem erheblichen Teil von öffentlichen Aufträgen lebt – und bei alledem die Öffentlichkeit nie informiert.

Ein Imperium aus 80 Firmen



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 241'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257974
Ausschnitt Seite: 2/5

Print

Marti ist nicht einfach ein einzelnes Unternehmen. Vielmehr besteht die Gruppe aus rund 80 eigenständig geführten Tochterfirmen mit rund 7000 Mitarbeitenden, die vorwiegend im Hoch- und Tiefbau sowie im Immobiliengeschäft tätig sind, zusammengefasst unter dem Dach der Marti Holding mit Sitz in Moosseedorf.

Über die Tochterfirmen ist der Konzern in allen Landesteilen und im Ausland vertreten. Marti-Firmen bauen Tunnel, Strassen, Förderbänder, Kieswerke und Logistikanlagen von der Schweiz bis China. Besonders im Tunnelbau habe sich Marti nicht zuletzt durch eigene Innovationen einen Weltruf erarbeitet, heisst es in der Baubranche. So viel ist bekannt.

Weniger bekannt ist: Seit sich Rudolf Marti (75) 2018 definitiv aus dem operativen Geschäft zurückgezogen hat, ist Sohn Reto Marti (45) der alleinige Kapitän des Familienimperiums – und dem Vernehmen nach neu auch einziger Inhaber der Fir-

«Marti erwirtschaftet pro Jahr gegen 2 Milliarden Franken Umsatz.»

Marti-Insider

menaktien. Wie mehrere Quellen berichten, ging dem Schritt ein Machtkampf mit dem Ehemann seiner Schwester voraus, dem Biophysiker Touraj Etezady, der 2007 ebenfalls bei Marti eingestiegen war. Ein Blick ins Handelsregister bestätigt, dass Etezady Mitte 2018 aus der Hol-

ding ausschied.

Nicht alle Kadermitglieder scheinen mit der Nachfolgelösung glücklich zu sein. Kritisiert wird hinter vorgehaltener Hand, dass der neue Patron – der erste ohne Ingenieursabschluss – vom operativen Geschäft zu wenig verstehe. Zudem sei die Firmenzentrale in Moosseedorf durch die Abgänge von drei Ingenieuren in den vergangenen Jahren stark geschwächt worden. Tatsächlich scheint die Leitung gemäss Handelsregister derzeit nur noch aus drei Personen zu bestehen: dem Ökonomen Reto Marti, dem Ingenieur Adrian Müller und Finanzchef Daniel Schorro. Bilder von ihnen gibt es keine. Auch das ist Teil der Firmenkultur.

Die Nummer 1 bei Vergaben

Die drei wachen über einen Riesen, welcher der Schweiz in den vergangenen Jahren stärker als jede andere Baufirma seinen Stempel aufgedrückt hat. Das zeigt eine Datenanalyse des öffentlichen Beschaffungswesens. Diese Zeitung wertete dafür die verfügbaren Ausschreibungen auf der Plattform Simap seit 2015 aus. Das Ergebnis: Kein Baukonzern hat hierzulande in den letzten fünf Jahren mehr Zuschläge erhalten als Marti. Deren Gesamtsumme beläuft sich auf über 2,4 Milliarden Franken. Damit lässt Marti alle anderen Konkurrenten hinter sich, selbst die grössere und umsatzstärkere Implenia AG.

Mit Abstand am meisten Aufträge erhält Marti vom Bundesamt für Strassen (Astra). Der Gesamtwert der Astra-Zuschläge über die letzten fünf Jahre allein beträgt über 1 Milliarde Franken. Kommt dazu: Die Auswertung

der Simap-Daten erfolgte nach den Firmennamen. Da Baufirmen ihre Offerten oft als Arbeitsgemeinschaften mit anderen Firmen einreichen und so in der Auswertung nicht auftauchen, dürfte die Anzahl der Zuschläge und das Auftragsvolumen effektiv noch höher liegen.

Dass Aufträge der öffentlichen Hand für Marti von zentraler Bedeutung sind, bestätigt die Aussage einer gut unterrichteten Quelle. Ihr zufolge machen Aufträge vom Staat oder staatsnahen Betrieben rund 70 Prozent des Konzernumsatzes aus. Das Geheimnis um dessen Höhe lüftet derweil ein zweiter Insider. Er sagt: «Marti erwirtschaftet pro Jahr gegen 2 Milliarden Franken Umsatz.» Eine Anfrage zu diesen Zahlen liess die Marti Holding – wie auch alle anderen Fragen – unbeantwortet.

Forderung nach mehr Transparenz

Doch gerade weil über Staatsaufträge Hunderte von Steuermillionen in die Kasse des Konzerns fließen, gibt es Stimmen, die vom Baukonzern mehr Transparenz fordern. Eine von ihnen ist der Berner Professor für Wirtschaftsrecht Peter V. Kunz. Er kenne in der ganzen Schweiz kein zweites Unternehmen von dieser Grösse, das so wenig über sich preisgibt wie Marti, sagt der ehemalige Dekan der Rechtsfakultät der Universität Bern.

Anders als Publikumsgesellschaften, die an der Börse sind, sei der Marti-Konzern zwar gesetzlich nicht zu Transparenz verpflichtet, sagt Kunz. Doch gerade weil Marti derart oft für die öffentliche Hand arbeite, sei die Forderung nach einem Minimum an Transparenz durchaus angebracht, findet er. Seine Forde-



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 241'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257974
Ausschnitt Seite: 3/5

Print

rung: «Bund und Kantone könnten in ihren Ausschreibungen um

Und auch zum jüngsten Streit mit der BLS um Nachzahlungen von 41 Millionen Franken bei der Sanierung des Lötschbergtunnels kam von Marti die Antwort: Kein Kommentar.

die Auflage ergänzen, dass Bewerber zumindest minimale Transparenz schaffen müssen.» Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens mache dies Sinn. Und da dies keine Benachteiligung einzelner Konkurrenten mit sich bringen würde, wäre eine solche Auflage vergabe-rechtlich unproblematisch, so Kunz.

Die Praxis mit den Nachforderungen

Transparenz wäre auch in einem anderen Bereich angebracht, in dem Marti gemäss von dieser Zeitung angefragten Ingenieuren und Baurechtsexperten zufolge schweizweit führend ist: im sogenannten Claim Management. Mit der Praxis versuchen Baufirmen mittels Nachforde-

rungen unvorhergesehene Kosten auszugleichen – oder noch mehr Geld aus einer Baustelle herauszuholen.

Der Fall der fehlerhaften BLS-Ausschreibung, die Marti erlaubte, statt der offerierten 89 Millionen 130 Millionen Franken für die Lötschberg-Sanierung zu kassieren, sei kein Einzelfall, sagen die Experten unisono. Alle grossen Baukonzerne würden mittlerweile Claim Management betreiben. Aber Marti sei darin deutlich aggressiver und professioneller als die Konkurrenz.

Diese Einschätzung teilt auch eine der Marti-Quellen. Der Konzern beschäftige allein in Moosseedorf ein halbes Dutzend Baurechtsexperten. Submissionsunterlagen und Werkverträge würden systematisch nach inhaltlichen und formalen Fehlern durchkämmt, sagt sie. «Analysiert wird dabei nicht das Projekt, sondern vor allem die Schwachstellen einer Ausschreibung.» Seien diese gross genug, dann würden Nachforderungen bereits bei der Angebotskalkulation eingeplant.

Fehlerhafte Ausschreibungen

Die andere Seite der Medaille aber sei, dass gerade Ausschreibungen der öffentlichen Hand oft voller Ungenauigkeiten seien, vielfach sogar mit gröberen

Fehlern behaftet, sagt der Insider. Den ausschreibenden Stellen fehle es oftmals in «erschreckendem Ausmass» an Wissen. Wo dieses vorhanden sei, könne Marti weniger «abschöpfen».

Dies bestätigt eine Anfrage beim Bundesamt für Strassen (Astra), dessen Vergabewesen in der Baubranche und im Vergleich zu anderen Bauherren als äusserst professionell gilt. Rund 50 Zuschlüsse erhielt Marti seit 2015 vom Astra. Bei 30 Projekten stellte Marti zwar Nachforderungen, wie das Bundesamt auf Anfrage mitteilt. Doch betragsmässig bewegten sich diese «nur» in der Höhe von rund 5 Prozent des Gesamtbetrags.

Von den restlichen grossen Marti-Auftraggebern geben sich jedoch die meisten zugeknöpft, was das Thema Nachforderungen angeht. Zur Arbeit von Vertragspartnern gebe man keine Auskunft, heisst es etwa bei Stadt und Kanton Bern. «Nachforderungen sind jedoch eine Thematik und eine Herausforderung, welche wir in den letzten Jahren vermehrt beobachten», räumt Gerhard Ammann, Sprecher der kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion (BVD), ein.

Die Marti-Gruppe selbst liess die Fragen zum praktizierten Claim Management unbeantwortet.



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

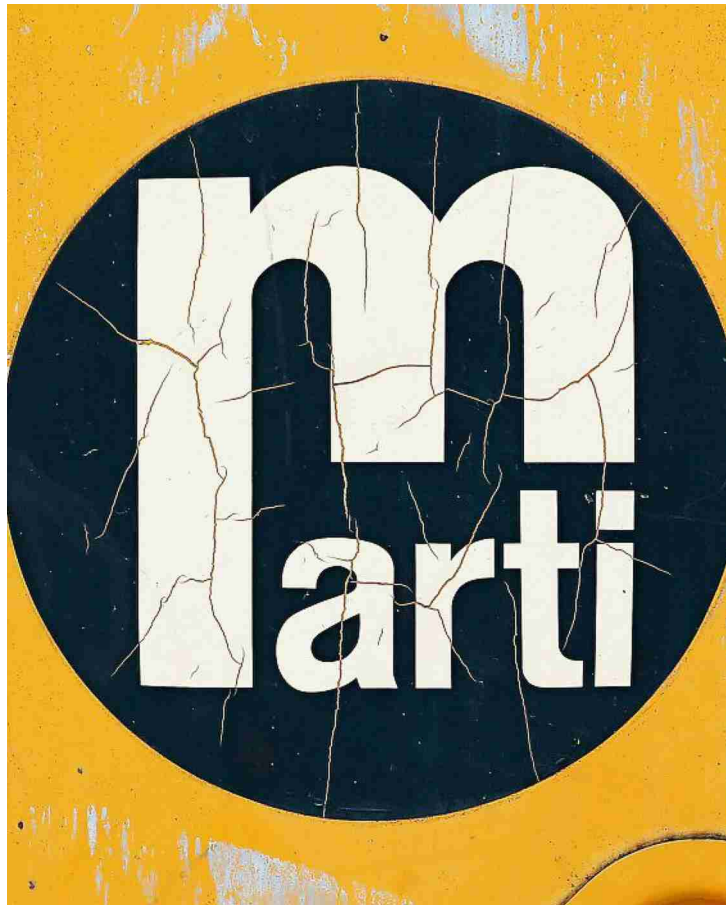
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 241'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257974
Ausschnitt Seite: 4/5

Print



Das «m» zeigt Risse: Das Bauunternehmen Marti geriet in letzter Zeit vermehrt in die Kritik. Foto: Beat Mathys

Probleme im Ausland

Als Hinweis darauf, dass es der neuen Marti-Zentraleitung an Wissen über den eigenen Konzern mangle, werten Informanten Probleme und Verluste bei grossen Bauprojekten im Ausland, besonders in Österreich. Dort baut Marti seit Mitte 2016 an einem Eisenbahntunnel unter dem Semmering, der Niederösterreich mit der Steiermark verbinden soll. «Mit einem Wert von 326 Millionen Franken ist der Auftrag für Marti

sehr wichtig», sagt einer der Informanten. Trotzdem habe ihm die Führung nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, behauptet er.

In der Folge wurde die Baustelle zum Tatort eines Wirtschaftskrimis. Wie der Wiener «Kurier» berichtete, stiess das Landeskriminalamt Niederösterreich auf ein mutmasslich kriminelles Netzwerk, das mit seinen Machenschaften tonnenweise Material und 300'000 Liter Diesel von der Baustelle

abzweigte und auf dem Schwarzmarkt weiterverkaufte. Verdächtig werden gemäss Polizei acht Österreicher, darunter auch führende Mitarbeiter und ein Marti-Bauleiter. Für den Hauptanteil des Millionenschadens muss die Schweizer Marti Tunnel AG aufkommen, weil sie die Eigentümerin des österreichischen Konsortiums ist. Eine Anfrage dieser Zeitung zu dem Fall liess Marti unbeantwortet. (*bit*)



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 34'145
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 241'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79257974
Ausschnitt Seite: 5/5

Print

Die Aufträge der Marti AG

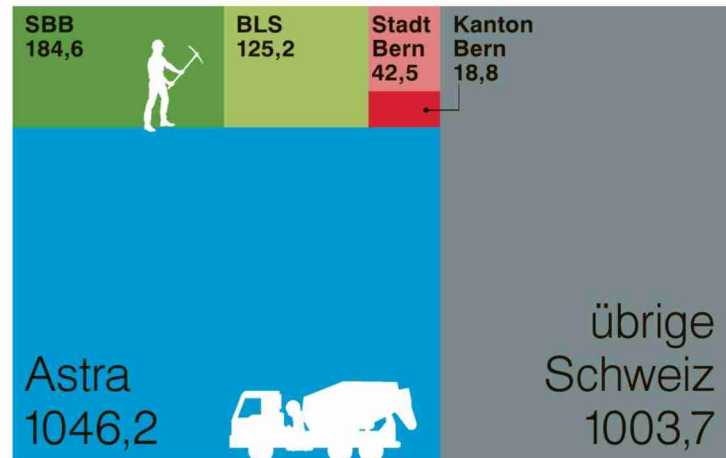
Die grössten Landschaftsveränderer

Anzahl Zuschläge und Gesamtsumme der Aufträge seit 2015

	Anzahl Aufträge	Summe in Mio. Fr.
Marti AG	308	2421
Implenia	300	2051
Steiner AG	102	1014
Frutiger	123	727
Walo Bertschinger	172	519
Kibag	153	456
Strabag	73	377

Die Auftraggeber der Marti AG

Von welchen Institutionen die Marti AG seit 2015 Aufträge erhalten hat und um welche Beträge (in Millionen) es dabei ging.
Das Total der Aufträge in der Schweiz beträgt 2421 Mio. Franken.



Grafik: db / Berechnung: bit / Quellen: Simap.ch/Beschaffungsstatistik



COLUMNA

Tohuwabohu enstagl dad «Oh bainvgnü Nadal»

CHATRINA JOSTY

Tgi che pensa ch'il temp d'advent a scola saja mo in legher halleluja sbaglia totalmain. Schebain che jau m'hai dà gronda fadia quest onn: Jau hai montà tut las chadainas da glischs che jau hai chattà e mes scolarets da la terza classa malegian sco nars ina staila suenter l'autra per las tatgar vi da las fanestras.

La deco da Nadal è dentant mo ina sort pflaster che nus tatgain vi da quai che curra e passa a l'intern da la chasa da scola. (E lura èn las stailas era anc in pflaster che vegn a tegnair segir enfin la primavaira... jau hai numnadamain duvrà quasi ina tonna bin-del da tatgar.)

Mabain, quai èn problems per il schaner. Ils problems acuts fan currer a nus magistras per suellers e stanzas e per la piazza da scola enturn. Igl ha navì ed ils scolars èn mez flip-pads. Naiv è ina rarità a Moosseedorf. Ma sco d'advent sin il mund, è l'emprim che vegn fatg cun naiv: trair bottas da naiv a crusched e a travers. Qua dovri reglar tgi che po trair bottas da naiv cura e nua e sin tgi e quant e soviso. Sco anteriura magistra a Lai ves jau quai cun calma. A Lai



dura l'enviern quasi in mez onn. Qua giu la Bassa (speranza!) mo enfin tar la proxima pausa.

Il temp d'advent è era il temp dals discurs da geniturs tant amads da tut ils participants. Qua vegn'ins confruntà cun models da famiglia, stils d'educaziun ed opiniuns da tut gener. Sco per exempel questa: In bab dal Cosovo n'è insumma betg cuntent cun il tudestg che vegn discurrì en scola. Ils Svizzers sa duessan dar dapli fadia, manegia el, ed ils esters che lavuran qua soviso.

Per silmain cumenzar ruassaivlamain ils dishectics, met jau si musica d'advent. Jau sun daventada in fan dals hits da Nadal. Vul dir, mo dals emprims tacts da «All I Want For Christmas Is You».

Signur B., in bab desperà, als interrumpa. El

telefona pervi da las mieurs. Gea, jau hai intervegnì gia blier da las mieurs da chasa Giny, Strizi e Maxi da mia scolara Clara. Ed uss, paupra Clara e paupras mieurs, èn las mieurs scappadas perquai che la sora gronda da Clara ha emblidà da serrar la chabgia. Clara na vegn oz betg a scola, memia occupada saja l'entira famiglia cun tshertgar e carmalar las mieurs, ma declera il bab.

Era mes scolar Marc n'è betg d'enturn. Sia famiglia ed el èn gia «en vacanzas», sch'i dat insatge sco vacanzas quest onn. Els èn en quarantina en l'Israel. Là visitan els la tatta ch'è malsaua. Marc è però era in pau a scola, mintga damaun tar il ritual d'advent sur conferenza da video.

EFrau Josty è sin tut ils chanals.

Mo la pausa tutga a mai. Jau ser l'isch, prend giu la mascrina e ma cuesch in niculaus da tshigulatta. I fiss stà quel da Marc. Ma el survegn lura ina lieur da tshigulatta. Pasca vegn era pli spert che quai ch'ins craja.

Chatrina Josty è scolasta a Moosseedorf en il chantun Berna.



Das sagen Berner Beizer zur Sperrstunde

Der Gastro-Bern-Präsident ist empört und der Gastrostreik befeuert.

Jammern ist nicht Markus Arnolds Ding. Der mit 17 «Gault Millau»-Punkten ausgezeichnete und damit mutmasslich beste Koch der Bundesstadt hat mit seinem Restaurant dieses Jahr schon einiges erlebt. Jetzt im Herbst konzentrierte er seinen Mittagsbetrieb auf zwei Tage, Gleiches mit dem Abend, an dem er ein Mehrgangmenü kredenzt. «Das ist nun nicht mehr möglich, wir brauchen vier Stunden, um alles zu servieren», sagt der Punktekoch, der auch einen «Michelin»-Stern hat.

Für Arnolds Menü bezahlt man gut und gern 150 Franken. Nun hat er ein neues Projekt lanciert, wie er es nennt: ein Dreigangmenü für 39.50 Franken. «Wir haben vorausgesehen, dass genau diese Situation eintreffen würde», sagt der Luzerner.

«Das bringt nichts»

Ein Blick über den Stadtrand hinaus ins mexikanische Restaurant Desperado in Moosseedorf von Michael Pfister: Mit der Schliessung bis 21 Uhr sei er einigermassen über die Runden gekommen. «Weil wir auch eine Bar sind, leben wir vom Alkoholverkauf», sagt der 40-Jährige. Die neue Regelung von 19 Uhr bedeute, dass er ab nächster Woche nicht mehr aufmachen werde. «Das bringt nichts.» Schweizer

Gäste würden erst um diese Zeit essen gehen, die meisten Reservationen habe er auf 19 Uhr. Schon vor dem ersten Lockdown betrieb er einen erfolgreichen Take-away. «Diesen werden wir wieder hochfahren, unsere Gäste wissen, wie es funktioniert», sagt er. Sein Tex-Mex-Essen mithilfe der Essensplattformen zu verkaufen, funktioniere nicht auf dem Land. Von einem Gericht, das er beispielsweise auf Eat.ch verkaufen würde, bliebe ihm nur 45 Prozent.

Schlafstörungen

Tobias Burkhalter von Gastro Stadt Bern und Umgebung hält

gar nichts von den Massnahmen. «Ich mag es den welschen Kantonen gönnen, dass sie aufmachen dürfen.» Aber für Bern sei die Schliessung um 19 Uhr verheerend. Einen Pauschalrat gibt er seinen 670 Mitgliedern nicht, es hänge vom Restauranttyp ab, ob man offen haben könne.

Seine Mitglieder seien total resigniert, hätten Schlafstörungen und stünden vor dem Abgrund. Burkhalter fühlt sich allein gelassen vom Regierungsrat, man wisse nichts. Die Härtefallregelungen dürften wohl erst im Januar kommen.



Sternekokh Markus Arnold in seiner Steinhalle. Foto: Franziska Rothenbühler



Burkhalter führt selber vier Lokale und wartet seit viereinhalb Monaten auf Kurzarbeitsentschädigung. Für Samstag ist eine bewilligte Platzdemonstration der Gastronomen angesagt. Derzeit haben sich 138 Beizen dem Gastrostreik angeschlossen. Dass die neuen Massnahmen nun diesen befeuern werden, bezweifelt Burkhalter. Er betont, dass die Forderungen seines Verbands und des Kollektivs Gastrostreik sich decken.

Gastrostreik

Anfang Woche entstand in einer losen Gruppierung von Berner Gastronomen die Idee zu streiken. Gleichentags, wie der Bundesrat die 19-Uhr-Regel aufs Tapet brachte, stellte der Gastrostreik, wie die Bewegung von eher links und alternativ angesiedelten Beizern heisst, Forderungen an den Regierungsrat. «Die 19-Uhr-Regel brachte das Fass zum Überlaufen. Und verlieh unserem Aufruf Aufschwung. Immer mehr Betriebe haben sich uns angeschlossen», sagt Sprecher Diego Dahinden.

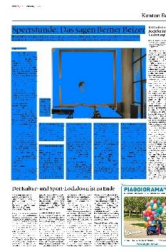
Ihre wichtigste Forderung ist, dass geschlossene Restaurants Kurzarbeitsentschädigung erhalten sollen. Zudem sollen alle Arbeitnehmenden, die unter 4000 Franken verdienen, 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Die Gastrobran-

che ist eine Tieflohnbranche, die Trinkgelder helfen den Angestellten einigermaßen über die Runden, aber auch diese sind derzeit tief, weil wenig oder keine Gäste in den Lokalen konsumieren. Akut Betroffenen soll mit der Kurzarbeit schnell und unkompliziert geholfen werden.

Der Gastrostreik ist nicht nur ein Papiertiger, am Samstag gehen die Beizer für ihr Anliegen auf die Strasse. Respektive auf den Bahnhofplatz. Mit dem Anstieg der unterstützenden Beizen und dem gestrichenen Sonntagsverkauf dürfte es in der Berner Innenstadt im Bereich Bahnhof bis Kornhausplatz ziemlich eng werden. Die bewilligte Platzdemonstration auf einen anderen Platz zu verschieben, geht derzeit nicht: Auf dem Waisenhausplatz läuft der Weihnachtsmarkt, und auf dem Bundesplatz darf wegen der Session im Bundeshaus keine Demonstration stattfinden.

«Es ist schwierig, abzuschätzen, wie viele Lokale teilnehmen werden, der Bahnhofplatz ist aber gross genug für uns», sagt Diego Dahinden. Er betont, dass ein Schutzkonzept vorhanden ist. Auch für den Sicherheitsabstand ist gesorgt, denn die Wirte nehmen Tische und Stühle für die Platzdemo mit.

Claudia Salzmann



Sperrstunde: Das sagen Berner Beizer

Gastronomie Mexikanisch zum Mitnehmen, ein Punktekoch mit einem neuen Projekt, der Gastro-Bern-Präsident ist empört und der Gastrostreik befeuert – das sind die Reaktionen auf die neuen Regeln.

Lieber hätte der Sternekoch Markus Arnold Gäste in seiner Steinhalle am Helvetiaplatz.
FRANZISKA ROTHENBÜHLER



Claudia Salzmann

Jammern ist nicht Markus Arnolds Ding. Der mit 17 «Gault Millau»-Punkten ausgezeichnete und damit mutmasslich beste Koch der Bundesstadt hat mit seinem Restaurant dieses Jahr schon einiges erlebt. Jetzt im Herbst konzentrierte er seinen Mittagsbetrieb auf zwei Tage, Gleiches mit dem Abend, an dem er ein Mehrgangmenü kredenzt. «Das ist nun nicht mehr möglich, wir brauchen vier Stunden, um alles zu servieren», sagt der Punktekoch, der auch einen «Mi-

chelin»-Stern hat.

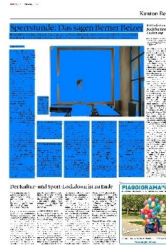
Für Arnolds Menü bezahlt man gut und gern 150 Franken. Nun hat er ein neues Projekt lanciert, wie er es nennt: ein Dreigangmenü für 39,50 Franken. «Wir haben vorausgesehen, dass genau diese Situation eintreffen würde», sagt der Luzerner.

«Das bringt nichts»

Ein Blick über den Stadtrand hinaus ins mexikanische Restaurant Desperado in Moosseedorf von Michael Pfister: Mit der Schliessung bis 21 Uhr sei er eini-

germassen über die Runden gekommen. «Weil wir auch eine Bar sind, leben wir vom Alkoholverkauf», sagt der 40-jährige. Die neue Regelung von 19 Uhr bedeute, dass er ab nächster Woche nicht mehr aufmachen werde.

«Das bringt nichts.» Schweizer Gäste würden erst um diese Zeit essen gehen, die meisten Reservationen habe er auf 19 Uhr. Schon vor dem ersten Lockdown betrieb er einen erfolgreichen Take-away. «Diesen werden wir wieder hochfahren, unsere Gäste



wissen, wie es funktioniert», sagt er. Sein Tex-Mex-Essen mithilfe der Essensplattformen zu verkaufen, funktioniert nicht auf dem Land. Von einem Gericht, das er beispielsweise auf Eat.ch verkaufen würde, bliebe ihm nur 45 Prozent.

Schlecht schlafen

Tobias Burkhalter von Gastro Stadt Bern und Umgebung hält gar nichts von den Massnahmen. «Ich mag es den welschen Kantonen gönnen, dass sie aufmachen dürfen.» Aber für Bern sei die Schliessung um 19 Uhr verheerend. Einen Pauschalrat gibt er seinen 670 Mitgliedern nicht, es hänge vom Restauranttyp ab, ob man offen haben könne.

Seine Mitglieder seien total resigniert, hätten Schlafstörungen und stünden vor dem Abgrund. Burkhalter fühlt sich allein gelassen vom Regierungsrat, man wisse nichts. Die Härtefallregelungen dürften wohl erst im Januar kommen.

Burkhalter führt selber vier Lokale und wartet seit viereinhalb Monaten auf Kurzarbeitsentschädigung. Für Samstag ist eine bewilligte Platzdemonstration der Gastronomen angesagt. Derzeit haben sich 138 Beizen dem Gastrostreik angeschlossen. Dass die neuen Massnahmen nun diesen befeuern werden, bezweifelt Burkhalter. Er betont, dass die Forderungen seines Verbands und des Kollektivs Gastrostreik sich decken.

Trotzdem Gastrostreik

Anfang Woche entstand in einer losen Gruppierung von Berner Gastronomen die Idee zu streiken. Gleichentags, wie der Bundesrat die 19-Uhr-Regel aufs Tapet brachte, stellte der Gastrostreik, wie die Bewegung von eher links und alternativ angesie-

delten Beizern heisst, Forderungen an den Regierungsrat. «Die 19-Uhr-Regel brachte das Fass zum Überlaufen. Und verlieh unserem Aufruf Aufschwung. Immer mehr Betriebe haben sich uns angeschlossen», sagt Sprecher Diego Dahinden.

Ihre wichtigste Forderung ist, dass geschlossene Restaurants Kurzarbeitsentschädigung erhalten sollen. Zudem sollen sämtliche Arbeitnehmenden, die unter 4000 Franken verdienen, 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Die Gastrobranche ist eine Tieflohnbranche, die Trinkgelder helfen den Angestellten einigermaßen über die Runden, aber auch diese sind derzeit tief, weil wenig oder keine Gäste in den Lokalen konsumieren. Akut Betroffenen soll mit der Kurzarbeit schnell und unkompliziert geholfen werden.

Der Gastrostreik ist nicht nur ein Papiertiger, heute gehen die Beizer für ihr Anliegen auf die Strasse. Respektive auf den Bahnhofplatz. Mit dem Anstieg der unterstützenden Beizen und dem gestrichenen Sonntagsverkauf dürfte es in der Berner Innenstadt im Bereich Bahnhof bis Kornhausplatz ziemlich eng werden.

Die bewilligte Platzdemonstration auf einen anderen Platz zu verschieben, geht derzeit nicht: Auf dem Waisenhausplatz läuft der Weihnachtsmarkt, und auf dem Bundesplatz darf wegen der Session im Bundeshaus keine Demonstration stattfinden.

«Es ist schwierig, abzuschätzen, wie viele Lokale teilnehmen werden, der Bahnhofplatz ist aber gross genug für uns», sagt Diego Dahinden. Er betont, dass ein Schutzkonzept vorhanden ist. Auch für den Sicherheitsabstand ist gesorgt, denn die Wirte neh-

men Tische und Stühle für die Platzdemo mit.

556 Neuansteckungen

Im Kanton Bern sind gestern **556 Covid-Neuansteckungen** verzeichnet worden. Innert eines Tages sind zudem weitere zwölf Menschen an den Folgen einer Covid-Erkrankung gestorben. In **Spitalpflege** befanden sich 307 Patienten, elf weniger als am Donnerstag. 54 Menschen (-2) lagen auf einer Intensivstation, 47 (-) von ihnen wurden beatmet. Seit Beginn der Pandemie sind im Kanton Bern insgesamt 494 Menschen verstorben. *sda*



Welche Massnahmen etwas bringen

Von Schulschliessung bis Kontaktbeschränkung: Wie wirksam unterschiedliche Alltagseinschränkungen gegen die Pandemie sind, zeigt eine grosse Analyse.

17.12.2020

Wer im Jahr 2020 auf den Umgang mit der Pandemie zurückblickt, kann Fragen wohl kaum unterdrücken. Welche politischen Anordnungen waren hilfreich? Was haben die Einschränkungen gebracht? Die Welt hat in den vergangenen zwölf Monaten gezwungenermassen die Bühne für einen Grossversuch abgegeben. Kontakteinschränkungen, Lockdown light, harter Lockdown und andere Versuche, die Seuche einzudämmen, wurden in vielen Ländern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich intensiv praktiziert.

Forscher aus Oxford, Harvard und anderen angesehenen Forschungsstätten haben nun im Fachmagazin Science zu ermitteln versucht, wie sinnvoll die Interventionen waren, um die Ausbreitung von Sars-CoV-2 einzudämmen. Sie konnten dabei von dem Umstand profitieren, dass die Gebote, Verbote und Einschränkungen zeitlich versetzt erfolgten. Wäre alles gleichzeitig geändert worden, hätte nicht unterschieden werden können, welche Faktoren grossen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatten und welche kaum etwas brachten.

«Bildungseinrichtungen zu schliessen, Zusammenkünfte auf zehn oder weniger Menschen zu begrenzen und Geschäfte und Lokalitäten mit engem Kundenverkehr zu schliessen, hat die Übertragung erheblich reduziert», lautet die wichtigste Schlussfolgerung der Autoren. «Zusätzliche Ausgangssperren oder Anweisungen, zu Hause zu bleiben, haben vergleichsweise wenig Wirkung gezeigt.»

Schulschliessungen als Signal?

Die Rolle der Schulen und Universitäten für die Übertragung ist demnach womöglich grösser als gedacht. Allerdings wurden Bildungseinrichtungen in dieser Analyse zusammengefasst, obwohl es biologische, soziale und Verhaltensunterschiede zwischen Studierenden und Grundschulern gibt. Junge Leute Anfang 20 halten sich Erhebungen zufolge von allen Altersgruppen am wenigstens an Abstands- und Maskengebote; zudem haben sie mehr Kontakte als Ältere oder Jüngere.

Wie häufig Übertragungen in Bildungseinrichtungen tatsächlich vorkommen oder ob der Effekt auf das Infektionsgeschehen dadurch bedingt war, dass Schulschliessungen als Signal für den Ernst der Lage verstanden wurden, konnte aus den Daten nicht abgeleitet werden.

Das Team um Jan Brauner von der Uni Oxford hatte anhand detaillierter Modellrechnungen die Wirksamkeit der Beschränkungen in 41 Ländern analysiert. So zeigte sich, dass es wenig zusätzlichen Nutzen brachte, wenn neben Bars, Nachtclubs und Restaurants auch Geschäfte für den nicht lebensnotwendigen Bedarf geschlossen wurden. «Gezielte Schliessungen wären in vielen Situationen eine vielversprechendere politische Option», so die Autoren. Veranstaltungen auf 1000 oder 100 Teilnehmer zu begrenzen, wie zu Beginn der Pandemie, brachte wenig, die Verringerung auf zehn deutlich mehr.

Ausgangsverbote bringen wenig zusätzlichen Nutzen

«Die Arbeit wirft auf beeindruckende Weise einen Blick auf die Auswirkungen von Regierungsmassnahmen auf die Reproduktionszahl in verschiedenen Ländern», sagt Studienexperte Gerd Antes. «Solche Arbeiten sind unbedingt notwendig und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings unterliegen sie Einschränkungen durch Defizite in den Daten und Modellen.»

Skeptisch zeigen sich die Studienautoren gegenüber den in Spanien, Italien und neuerdings regional in Deutschland verordneten Ausgangsbeschränkungen. Da diese meist auf Geschäftsschliessungen, Distanzunterricht und Veranstaltungsverbote folgten, bringe diese weitere Verschärfung kaum zusätzlichen Nutzen. «Die Arbeit diskutiert auf hervorstechender Weise die Unsicherheiten und deren Gründe, die mit den Interventionen

zusammenhängen», sagt Antes.

Womöglich hat oftmals politischer Aktivismus und nicht wissenschaftliche Stringenz die Regierungen zu ihren Massnahmen veranlasst. Man tut etwas, um überhaupt etwas zu tun. Gelegentlich schien das Motto zu gelten, wir ordnen an, was bisher schon wenig gebracht hat – aber davon die doppelte Dosis.



Lockdown an der Primarschule in Moosseedorf: Bildungseinrichtungen zu schliessen gehört laut einer neuen Studie zu den wichtigsten Massnahmen gegen die Corona-Pandemie – ob wegen der Übertragungen oder ob die Signalwirkung entscheidend ist, bleibt allerdings unklar. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)



Welche Massnahmen etwas bringen

Von Schulschliessung bis Kontaktbeschränkung: Wie wirksam unterschiedliche Alltagseinschränkungen gegen die Pandemie sind, zeigt eine grosse Analyse.

Publiziert: 17.12.2020, 21:42

Wer im Jahr 2020 auf den Umgang mit der Pandemie zurückblickt, kann Fragen wohl kaum unterdrücken. Welche politischen Anordnungen waren hilfreich? Was haben die Einschränkungen gebracht? Die Welt hat in den vergangenen zwölf Monaten gezwungenermassen die Bühne für einen Grossversuch abgegeben. Kontakteinschränkungen, Lockdown light, harter Lockdown und andere Versuche, die Seuche einzudämmen, wurden in vielen Ländern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich intensiv praktiziert.

Forscher aus Oxford, Harvard und anderen angesehenen Forschungsstätten haben nun im Fachmagazin Science zu ermitteln versucht, wie sinnvoll die Interventionen waren, um die Ausbreitung von Sars-CoV-2 einzudämmen. Sie konnten dabei von dem Umstand profitieren, dass die Gebote, Verbote und Einschränkungen zeitlich versetzt erfolgten. Wäre alles gleichzeitig geändert worden, hätte nicht unterschieden werden können, welche Faktoren grossen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatten und welche kaum etwas brachten.

«Bildungseinrichtungen zu schliessen, Zusammenkünfte auf zehn oder weniger Menschen zu begrenzen und Geschäfte und Lokalitäten mit engem Kundenverkehr zu schliessen, hat die Übertragung erheblich reduziert», lautet die wichtigste Schlussfolgerung der Autoren. «Zusätzliche Ausgangssperren oder Anweisungen, zu Hause zu bleiben, haben vergleichsweise wenig Wirkung gezeigt.»

Schulschliessungen als Signal?

Die Rolle der Schulen und Universitäten für die Übertragung ist demnach womöglich grösser als gedacht. Allerdings wurden Bildungseinrichtungen in dieser Analyse zusammengefasst, obwohl es biologische, soziale und Verhaltensunterschiede zwischen Studierenden und Grundschulern gibt. Junge Leute Anfang 20 halten sich Erhebungen zufolge von allen Altersgruppen am wenigstens an Abstands- und Maskengebote; zudem haben sie mehr Kontakte als Ältere oder Jüngere.

Wie häufig Übertragungen in Bildungseinrichtungen tatsächlich vorkommen oder ob der Effekt auf das Infektionsgeschehen dadurch bedingt war, dass Schulschliessungen als Signal für den Ernst der Lage verstanden wurden, konnte aus den Daten nicht abgeleitet werden.

Das Team um Jan Brauner von der Uni Oxford hatte anhand detaillierter Modellrechnungen die Wirksamkeit der Beschränkungen in 41 Ländern analysiert. So zeigte sich, dass es wenig zusätzlichen Nutzen brachte, wenn neben Bars, Nachtclubs und Restaurants auch Geschäfte für den nicht lebensnotwendigen Bedarf geschlossen wurden. «Gezielte Schliessungen wären in vielen Situationen eine vielversprechendere politische Option», so die Autoren. Veranstaltungen auf 1000 oder 100 Teilnehmer zu begrenzen, wie zu Beginn der Pandemie, brachte wenig, die Verringerung auf zehn deutlich mehr.

Ausgangsverbote bringen wenig zusätzlichen Nutzen

«Die Arbeit wirft auf beeindruckende Weise einen Blick auf die Auswirkungen von Regierungsmassnahmen auf die Reproduktionszahl in verschiedenen Ländern», sagt Studienexperte Gerd Antes. «Solche Arbeiten sind unbedingt notwendig und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings unterliegen sie Einschränkungen durch Defizite in den Daten und Modellen.»

Skeptisch zeigen sich die Studienautoren gegenüber den in Spanien, Italien und neuerdings regional in Deutschland verordneten Ausgangsbeschränkungen. Da diese meist auf Geschäftsschliessungen, Distanzunterricht und Veranstaltungsverbote folgten, bringe diese weitere Verschärfung kaum zusätzlichen Nutzen. «Die Arbeit diskutiert auf hervorstechender Weise die Unsicherheiten und deren Gründe, die mit den Interventionen



zusammenhängen», sagt Antes.

Womöglich hat oftmals politischer Aktivismus und nicht wissenschaftliche Stringenz die Regierungen zu ihren Massnahmen veranlasst. Man tut etwas, um überhaupt etwas zu tun. Gelegentlich schien das Motto zu gelten, wir ordnen an, was bisher schon wenig gebracht hat – aber davon die doppelte Dosis.



Lockdown an der Primarschule in Moosseedorf: Bildungseinrichtungen zu schliessen gehört laut einer neuen Studie zu den wichtigsten Massnahmen gegen die Corona-Pandemie – ob wegen der Übertragungen oder ob die Signalwirkung entscheidend ist, bleibt allerdings unklar. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)



Welche Massnahmen etwas bringen

Von Schulschliessung bis Kontaktbeschränkung: Wie wirksam unterschiedliche Alltagseinschränkungen gegen die Pandemie sind, zeigt eine grosse Analyse.

Publiziert heute um 21:42 Uhr

Wer im Jahr 2020 auf den Umgang mit der Pandemie zurückblickt, kann Fragen wohl kaum unterdrücken. Welche politischen Anordnungen waren hilfreich? Was haben die Einschränkungen gebracht? Die Welt hat in den vergangenen zwölf Monaten gezwungenermassen die Bühne für einen Grossversuch abgegeben. Kontakteinschränkungen, Lockdown light, harter Lockdown und andere Versuche, die Seuche einzudämmen, wurden in vielen Ländern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich intensiv praktiziert.

Forscher aus Oxford, Harvard und anderen angesehenen Forschungsstätten haben nun im Fachmagazin Science zu ermitteln versucht, wie sinnvoll die Interventionen waren, um die Ausbreitung von Sars-CoV-2 einzudämmen. Sie konnten dabei von dem Umstand profitieren, dass die Gebote, Verbote und Einschränkungen zeitlich versetzt erfolgten. Wäre alles gleichzeitig geändert worden, hätte nicht unterschieden werden können, welche Faktoren grossen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatten und welche kaum etwas brachten.

«Bildungseinrichtungen zu schliessen, Zusammenkünfte auf zehn oder weniger Menschen zu begrenzen und Geschäfte und Lokalitäten mit engem Kundenverkehr zu schliessen, hat die Übertragung erheblich reduziert», lautet die wichtigste Schlussfolgerung der Autoren. «Zusätzliche Ausgangssperren oder Anweisungen, zu Hause zu bleiben, haben vergleichsweise wenig Wirkung gezeigt.»

Schulschliessungen als Signal?

Die Rolle der Schulen und Universitäten für die Übertragung ist demnach womöglich grösser als gedacht. Allerdings wurden Bildungseinrichtungen in dieser Analyse zusammengefasst, obwohl es biologische, soziale und Verhaltensunterschiede zwischen Studierenden und Grundschulern gibt. Junge Leute Anfang 20 halten sich Erhebungen zufolge von allen Altersgruppen am wenigstens an Abstands- und Maskengebote; zudem haben sie mehr Kontakte als Ältere oder Jüngere.

Wie häufig Übertragungen in Bildungseinrichtungen tatsächlich vorkommen oder ob der Effekt auf das Infektionsgeschehen dadurch bedingt war, dass Schulschliessungen als Signal für den Ernst der Lage verstanden wurden, konnte aus den Daten nicht abgeleitet werden.

Das Team um Jan Brauner von der Uni Oxford hatte anhand detaillierter Modellrechnungen die Wirksamkeit der Beschränkungen in 41 Ländern analysiert. So zeigte sich, dass es wenig zusätzlichen Nutzen brachte, wenn neben Bars, Nachtclubs und Restaurants auch Geschäfte für den nicht lebensnotwendigen Bedarf geschlossen wurden. «Gezielte Schliessungen wären in vielen Situationen eine vielversprechendere politische Option», so die Autoren. Veranstaltungen auf 1000 oder 100 Teilnehmer zu begrenzen, wie zu Beginn der Pandemie, brachte wenig, die Verringerung auf zehn deutlich mehr.

Ausgangsverbote bringen wenig zusätzlichen Nutzen

«Die Arbeit wirft auf beeindruckende Weise einen Blick auf die Auswirkungen von Regierungsmassnahmen auf die Reproduktionszahl in verschiedenen Ländern», sagt Studienexperte Gerd Antes. «Solche Arbeiten sind unbedingt notwendig und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings unterliegen sie Einschränkungen durch Defizite in den Daten und Modellen.»

Skeptisch zeigen sich die Studienautoren gegenüber den in Spanien, Italien und neuerdings regional in Deutschland verordneten Ausgangsbeschränkungen. Da diese meist auf Geschäftsschliessungen, Distanzunterricht und Veranstaltungsverbote folgten, bringe diese weitere Verschärfung kaum zusätzlichen Nutzen. «Die Arbeit diskutiert auf hervorstechender Weise die Unsicherheiten und deren Gründe, die mit den Interventionen

zusammenhängen», sagt Antes.

Womöglich hat oftmals politischer Aktivismus und nicht wissenschaftliche Stringenz die Regierungen zu ihren Massnahmen veranlasst. Man tut etwas, um überhaupt etwas zu tun. Gelegentlich schien das Motto zu gelten, wir ordnen an, was bisher schon wenig gebracht hat – aber davon die doppelte Dosis.



Lockdown an der Primarschule in Moosseedorf: Bildungseinrichtungen zu schliessen gehört laut einer neuen Studie zu den wichtigsten Massnahmen gegen die Corona-Pandemie – ob wegen der Übertragungen oder ob die Signalwirkung entscheidend ist, bleibt allerdings unklar. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)



Online-Ausgabe

Handelszeitung
8021 Zürich
058 269 22 80
<https://www.handelszeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Publikumszeitschriften
UUpM: 955'000
Page Visits: 1'174'343

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288542
Ausschnitt Seite: 1/1

News Websites

Bauriese Marti gibt erstmals Einblick ins Unternehmen

Wegen toten Fischen geriet eine Firma in die Medien, die bis anhin die Öffentlichkeit mied: Marti, die Nummer 2 im hiesigen Baugeschäft.

17.12.2020, Von Florence Vuichard und Bastian Heiniger

Marti steht im Fokus – wegen des Blausee-Umweltskandals, der Weko-Untersuchungen und Betrügereien in Österreich. Das alles zerrt das zweitgrösste Bauunternehmen der Schweiz, das Vater und Sohn Marti gehört und die Öffentlichkeit scheut, ins Rampenlicht. Nun öffnet Marti BILANZ die Tür am Hauptsitz in Moosseedorf BE und nimmt Stellung zu den Vorwürfen: «Marti hat keine Umweltgesetze missachtet und unterstutzt die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen vollumfänglich», sagen Finanzchef Daniel Schorro und Verwaltungsrat Rolf Blatter zur Blausee-Affäre.

Das Entsorgungskonzept für den Gleisaushub sei von allen Stellen genehmigt worden, von der BLS, von der Umweltbaubegleitung, vom zuständigen kantonalen Amt, vom Bundesamt für Verkehr. Deutlich wenden sie sich auch gegen den Vorwurf der Preisabsprachen: «Wir haben nichts über Kartelle. Das gehört nicht zu unserer Kultur. Und das will auch der neue Chef, Reto Marti, nicht.»

Nichts schönreden wollen sie hingegen bei den Vorfällen rund um den Basistunnel am österreichischen Semmering, wo die Marti-Gruppe ein Sieben-Kilometer-Baulos für 326 Millionen Euro gezogen hat. Mehrere Personen, die von Marti für dieses Projekt vor Ort rekrutiert worden sind, werden des Betrugs verdächtigt. «Wir haben eigene Leute vor Ort geschickt, um die Sache aufzuklären», sagen Schorro und Blatter.

Mehr dazu lesen Sie in der neuen BILANZ.



Die Baugruppe, die mit rund 7000 Mitarbeitenden geschätzte 1,7 Milliarden Franken umsetzt, wird von Moosseedorf bei Bern aus geführt.

Quelle: ZVG



Urnenabstimmung anstelle von Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat hat beschlossen, die für Samstag, 5. Dezember 2020, angesetzten Gemeindeversammlung in eine Urnenabstimmung Ende Januar zu verwandeln.

17. Dezember 2020, Noemi Schrag

Im November hat sich der Gemeinderat von Moosseedorf dazu entschieden, aufgrund der hohen Corona-Fallzahlen die Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2020 abzusagen. Damals war noch unklar, ob die Gemeindeversammlung im Januar 2021 nachgeholt wird oder ob eine Urnenabstimmung stattfindet. Nun hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen, anstelle einer Gemeindeversammlung eine Urnenabstimmung durchzuführen.

Fünf Vorlagen zur Abstimmung

Die stimmberechtigten Bürgen werden am Sonntag, 31. Januar 2021 an der Urne über fünf Vorlagen abstimmen. Unter anderem steht die Genehmigung des Budgets 2021 der Einwohnergemeinde Moosseedorf auf dem Programm. Die Ortplanungsrevision 2015-2020 muss ebenfalls genehmigt werden.

Ausserdem ist die Genehmigung des Reglements Spezialfinanzierung Uferschutz Moossee aufgelegt. Die Genehmigung des Bestattungs- und Friedhofreglements wie auch den Anschluss an die Feuerwehr der Region Moossee liegen vor.

Vermeidung eines Besuchs im Stimmlokal

Die Gemeinde teilt auf ihrer Webseite mit, dass für die Stimmgabe das Lokal in der Gemeindeverwaltung am Sonntag, 31. Januar 2021, von 10 bis 11 Uhr geöffnet sei.

Die Stimmberechtigten werden aber gebeten, aufgrund der aktuellen Situation von der brieflichen Stimmgabe Gebrauch zu machen.



In Moosseedorf BE (im Bild der Moossee) wird die geplante Gemeindeversammlung verschoben. (Archivbild) - Community



Welche Massnahmen etwas bringen

Von Schulschliessung bis Kontaktbeschränkung: Wie wirksam unterschiedliche Alltagseinschränkungen gegen die Pandemie sind, zeigt eine grosse Analyse.

Publiziert heute um 21:42 Uhr

Wer im Jahr 2020 auf den Umgang mit der Pandemie zurückblickt, kann Fragen wohl kaum unterdrücken. Welche politischen Anordnungen waren hilfreich? Was haben die Einschränkungen gebracht? Die Welt hat in den vergangenen zwölf Monaten gezwungenermassen die Bühne für einen Grossversuch abgegeben. Kontakteinschränkungen, Lockdown light, harter Lockdown und andere Versuche, die Seuche einzudämmen, wurden in vielen Ländern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich intensiv praktiziert.

Forscher aus Oxford, Harvard und anderen angesehenen Forschungsstätten haben nun im Fachmagazin Science zu ermitteln versucht, wie sinnvoll die Interventionen waren, um die Ausbreitung von Sars-CoV-2 einzudämmen. Sie konnten dabei von dem Umstand profitieren, dass die Gebote, Verbote und Einschränkungen zeitlich versetzt erfolgten. Wäre alles gleichzeitig geändert worden, hätte nicht unterschieden werden können, welche Faktoren grossen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatten und welche kaum etwas brachten.

«Bildungseinrichtungen zu schliessen, Zusammenkünfte auf zehn oder weniger Menschen zu begrenzen und Geschäfte und Lokalitäten mit engem Kundenverkehr zu schliessen, hat die Übertragung erheblich reduziert», lautet die wichtigste Schlussfolgerung der Autoren. «Zusätzliche Ausgangssperren oder Anweisungen, zu Hause zu bleiben, haben vergleichsweise wenig Wirkung gezeigt.»

Schulschliessungen als Signal?

Die Rolle der Schulen und Universitäten für die Übertragung ist demnach womöglich grösser als gedacht. Allerdings wurden Bildungseinrichtungen in dieser Analyse zusammengefasst, obwohl es biologische, soziale und Verhaltensunterschiede zwischen Studierenden und Grundschulern gibt. Junge Leute Anfang 20 halten sich Erhebungen zufolge von allen Altersgruppen am wenigstens an Abstands- und Maskengebote; zudem haben sie mehr Kontakte als Ältere oder Jüngere.

Wie häufig Übertragungen in Bildungseinrichtungen tatsächlich vorkommen oder ob der Effekt auf das Infektionsgeschehen dadurch bedingt war, dass Schulschliessungen als Signal für den Ernst der Lage verstanden wurden, konnte aus den Daten nicht abgeleitet werden.

Das Team um Jan Brauner von der Uni Oxford hatte anhand detaillierter Modellrechnungen die Wirksamkeit der Beschränkungen in 41 Ländern analysiert. So zeigte sich, dass es wenig zusätzlichen Nutzen brachte, wenn neben Bars, Nachtclubs und Restaurants auch Geschäfte für den nicht lebensnotwendigen Bedarf geschlossen wurden. «Gezielte Schliessungen wären in vielen Situationen eine vielversprechendere politische Option», so die Autoren. Veranstaltungen auf 1000 oder 100 Teilnehmer zu begrenzen, wie zu Beginn der Pandemie, brachte wenig, die Verringerung auf zehn deutlich mehr.

Ausgangsverbote bringen wenig zusätzlichen Nutzen

«Die Arbeit wirft auf beeindruckende Weise einen Blick auf die Auswirkungen von Regierungsmassnahmen auf die Reproduktionszahl in verschiedenen Ländern», sagt Studienexperte Gerd Antes. «Solche Arbeiten sind unbedingt notwendig und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings unterliegen sie Einschränkungen durch Defizite in den Daten und Modellen.»

Skeptisch zeigen sich die Studienautoren gegenüber den in Spanien, Italien und neuerdings regional in Deutschland verordneten Ausgangsbeschränkungen. Da diese meist auf Geschäftsschliessungen, Distanzunterricht und Veranstaltungsverbote folgten, bringe diese weitere Verschärfung kaum zusätzlichen Nutzen. «Die Arbeit diskutiert auf hervorstechender Weise die Unsicherheiten und deren Gründe, die mit den Interventionen



zusammenhängen», sagt Antes.

Womöglich hat oftmals politischer Aktivismus und nicht wissenschaftliche Stringenz die Regierungen zu ihren Massnahmen veranlasst. Man tut etwas, um überhaupt etwas zu tun. Gelegentlich schien das Motto zu gelten, wir ordnen an, was bisher schon wenig gebracht hat – aber davon die doppelte Dosis.



Lockdown an der Primarschule in Moosseedorf: Bildungseinrichtungen zu schliessen gehört laut einer neuen Studie zu den wichtigsten Massnahmen gegen die Corona-Pandemie – ob wegen der Übertragungen oder ob die Signalwirkung entscheidend ist, bleibt allerdings unklar. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288541
Ausschnitt Seite: 1/5

News Websites

So stark lebt der Bauriese Marti von Staatsaufträgen

Die Baufirma Marti steht durch den Skandal am Blausee und den Streit mit der BLS im Medienfokus. Seit 2015 erhielt sie Staatsaufträge in Milliardenhöhe.

Aktualisiert vor 2 Stunden

Gelbe Baracken, gelbe Krane und gelbe Baumaschinen auf scheinbar fast jeder Grossbaustelle der Schweiz: Das ist, was in der Öffentlichkeit vom Baukonzern Marti zu sehen ist. Was sich aber hinter dem allgegenwärtigen Firmenemblem, dem Kreis mit einem stilisierten kleinen «m» verbirgt – wichtige Geschäftszahlen, Erfolge, Verluste oder Rechtshändel –, bleibt im Dunkeln. Denn: Der Bauriese mit Hauptsitz in Moosseedorf kommuniziert nicht.

Marti schwieg, als das Unternehmen im Zusammenhang mit einem mutmasslichen Kieskartell im Raum Thun-Bern in den Fokus der Wettbewerbskommission rückte. Schweigen auch, als vor zwei Jahren amtlich wurde, dass der Konzern im Luzerner Hinterland mit rechtsmissbräuchlichen Mitteln um Kiesressourcen kämpfte. Und auch zum jüngsten Streit mit der BLS um Nachzahlungen von 41 Millionen Franken bei der Sanierung des Löttschbergtunnels kam von Marti die Antwort: kein Kommentar.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Diese Devise gehört beim 1922 gegründeten Familienunternehmen seit vier Generationen zur Firmen-DNA. Als er Ende der 1980er-Jahre von einem «Bilanz»-Journalisten auf den Umsatz angesprochen wurde, sagte der damalige Patron Alfred Marti den Satz, der auch für seine Nachfolger, Sohn Rudolf Marti und Enkel Reto Marti, gelten sollte: «Wir haben noch nie Geschäftszahlen bekannt gegeben. Wir sagen nichts. Punkt und Schluss.»

Bleibt die Frage: Wie tickt der Konzern, der seit nahezu hundert Jahren buchstäblich überall in der Schweiz und vielerorts im Ausland die Erde aufreisst und Tunnel durch Berge bohrt, zu einem erheblichen Teil von öffentlichen Aufträgen lebt – und bei alledem die Öffentlichkeit nie informiert.

Ein Imperium aus 80 Firmen

Marti ist nicht einfach ein einzelnes Unternehmen. Vielmehr besteht die Gruppe aus rund 80 eigenständig geführten Tochterfirmen mit rund 7000 Mitarbeitenden, die vorwiegend im Hoch- und Tiefbau sowie im Immobiliengeschäft tätig sind, zusammengefasst unter dem Dach der Marti Holding mit Sitz in Moosseedorf.

Über die Tochterfirmen ist der Konzern in allen Landesteilen und im Ausland vertreten. Marti-Firmen bauen Tunnel, Strassen, Förderbänder, Kieswerke und Logistikanlagen von der Schweiz bis China. Besonders im Tunnelbau habe sich Marti nicht zuletzt durch eigene Innovationen einen Weltruf erarbeitet, heisst es in der Baubranche. So viel ist bekannt.

Weniger bekannt ist: Seit sich Rudolf Marti (75) 2018 definitiv aus dem operativen Geschäft zurückgezogen hat, ist Sohn Reto Marti (45) der alleinige Kapitän des Familienimperiums – und dem Vernehmen nach neu auch einziger Inhaber der Firmenaktien. Wie mehrere Quellen berichten, ging dem Schritt ein Machtkampf mit dem Ehemann seiner Schwester voraus, dem Biophysiker Touraj Etezady, der 2007 ebenfalls bei Marti eingestiegen war. Ein Blick ins Handelsregister bestätigt, dass Etezady Mitte 2018 aus der Holding ausschied.

Nicht alle Kadermitglieder scheinen mit der Nachfolgelösung glücklich zu sein. Kritisiert wird hinter vorgehaltener Hand, dass der neue Patron – der erste ohne Ingenieursabschluss – vom operativen Geschäft zu wenig verstehe. Zudem sei die Firmenzentrale in Moosseedorf durch die Abgänge von drei Ingenieuren in den vergangenen Jahren stark geschwächt worden. Tatsächlich scheint die Leitung gemäss Handelsregister derzeit nur noch aus drei Personen zu bestehen: dem Ökonomen Reto Marti, dem Ingenieur Adrian Müller und Finanzchef Daniel Schorro. Bilder von ihnen gibt es keine. Auch das ist Teil der Firmenkultur.

Probleme im Ausland



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288541
Ausschnitt Seite: 2/5

News Websites

Als Hinweis darauf, dass es der neuen Marti-Zentraleitung an Wissen über den eigenen Konzern mangle, werten Informanten Probleme und Verluste bei grossen Bauprojekten im Ausland, besonders in Österreich. Dort baut Marti seit Mitte 2016 an einem Eisenbahntunnel unter dem Semmering, der Niederösterreich mit der Steiermark verbinden soll. «Mit einem Wert von 326 Millionen Franken ist der Auftrag für Marti sehr wichtig», sagt einer der Informanten. Trotzdem habe ihm die Führung nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, behauptet er.

In der Folge wurde die Baustelle zum Tatort eines Wirtschaftskrimis. Wie der Wiener «Kurier» berichtete, stiess das Landeskriminalamt Niederösterreich auf ein mutmasslich kriminelles Netzwerk, das mit seinen Machenschaften tonnenweise Material und 300'000 Liter Diesel von der Baustelle abzweigte und auf dem Schwarzmarkt weiterverkaufte. Verdächtig werden gemäss Polizei acht Österreicher, darunter auch führende Mitarbeiter und ein Marti-Bauleiter. Für den Hauptanteil des Millionenschadens muss die Schweizer Marti Tunnel AG aufkommen, weil sie die Eigentümerin des österreichischen Konsortiums ist. Eine Anfrage dieser Zeitung zu dem Fall liess Marti unbeantwortet. (bit)

Die Nummer 1 bei den Vergaben

Die drei wachen über einen Riesen, welcher der Schweiz in den vergangenen Jahren stärker als jede andere Baufirma seinen Stempel aufgedrückt hat. Das zeigt eine Datenanalyse des öffentlichen Beschaffungswesens. Diese Zeitung wertete dafür die verfügbaren Ausschreibungen auf der Plattform Simap seit 2015 aus. Das Ergebnis: Kein Baukonzern hat hierzulande in den letzten fünf Jahren mehr Zuschlüsse erhalten als Marti. Deren Gesamtsumme beläuft sich auf über 2,4 Milliarden Franken. Damit lässt Marti alle anderen Konkurrenten hinter sich, selbst die grössere und umsatzstärkere Implenia AG.

Mit Abstand am meisten Aufträge erhält Marti vom Bundesamt für Strassen (Astra). Der Gesamtwert der Astra-Zuschläge über die letzten fünf Jahre allein beträgt über 1 Milliarde Franken.

Kommt dazu: Die Auswertung der Simap-Daten erfolgte nach den Firmennamen. Da Baufirmen ihre Offerten oft als Arbeitsgemeinschaften mit anderen Firmen einreichen und so in der Auswertung nicht auftauchen, dürfte die Anzahl der Zuschlüsse und das Auftragsvolumen effektiv noch höher liegen.

«Marti erwirtschaftet pro Jahr gegen 2 Milliarden Franken Umsatz.»

Dass Aufträge der öffentlichen Hand für Marti von zentraler Bedeutung sind, bestätigt die Aussage einer gut unterrichteten Quelle. Ihr zufolge machen Aufträge vom Staat oder staatsnahen Betrieben rund 70 Prozent des Konzernumsatzes aus. Das Geheimnis um dessen Höhe lüftet derweil ein zweiter Insider. Er sagt: «Marti erwirtschaftet pro Jahr gegen 2 Milliarden Franken Umsatz.» Eine Anfrage zu diesen Zahlen liess die Marti Holding – wie auch alle anderen Fragen – unbeantwortet.

Forderung nach mehr Transparenz

Doch gerade weil über Staatsaufträge Hunderte von Steuermillionen in die Kasse des Konzerns fliessen, gibt es Stimmen, die vom Baukonzern mehr Transparenz fordern. Eine von ihnen ist der Berner Professor für Wirtschaftsrecht Peter V. Kunz. Er kenne in der ganzen Schweiz – mit Ausnahme von Rolex – kein weiteres Unternehmen von dieser Grösse, das so wenig über sich preisgibt wie Marti, sagt der ehemalige Dekan der Rechtsfakultät der Universität Bern.

Anders als Publikumsgesellschaften, die an der Börse sind, sei der Marti-Konzern zwar gesetzlich nicht zu Transparenz verpflichtet, sagt Kunz. Doch gerade weil Marti derart oft für die öffentliche Hand arbeite, sei die Forderung nach einem Minimum an Transparenz durchaus angebracht, findet er. Seine Forderung: «Bund und Kantone könnten in ihren Ausschreibungen um die Auflage ergänzen, dass Bewerber zumindest minimale Transparenz schaffen müssen.» Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens mache dies Sinn. Und da dies keine Benachteiligung einzelner Konkurrenten mit sich bringen würde, wäre eine solche Auflage vergaberechtlich



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Web Ansicht

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288541
Ausschnitt Seite: 3/5

News Websites

unproblematisch, so Kunz.

Die Praxis mit den Nachforderungen

Transparenz wäre auch in einem anderen Bereich angebracht, in dem Marti gemäss von dieser Zeitung angefragten Ingenieuren und Baurechtsexperten zufolge schweizweit führend ist: im sogenannten Claim Management. Mit der Praxis versuchen Baufirmen mittels Nachforderungen unvorhergesehene Kosten auszugleichen – oder noch mehr Geld aus einer Baustelle herauszuholen.

Der Fall der fehlerhaften BLS-Ausschreibung, die Marti erlaubte, statt der offerierten 89 Millionen 130 Millionen Franken für die Lötschberg-Sanierung zu kassieren, sei kein Einzelfall, sagen die Experten unisono. Alle grossen Baukonzerne würden mittlerweile Claim Management betreiben. Aber Marti sei darin deutlich aggressiver und professioneller als die Konkurrenz.

Diese Einschätzung teilt auch eine der Marti-Quellen. Der Konzern beschäftige allein in Moosseedorf ein halbes Dutzend Baurechtsexperten. Submissionsunterlagen und Werkverträge würden systematisch nach inhaltlichen und formalen Fehlern durchkämmt, sagt sie. «Analysiert wird dabei nicht das Projekt, sondern vor allem die Schwachstellen einer Ausschreibung.» Seien diese gross genug, dann würden Nachforderungen bereits bei der Angebotskalkulation eingeplant.

Fehlerhafte Ausschreibungen

Die andere Seite der Medaille aber sei, dass gerade Ausschreibungen der öffentlichen Hand oft voller Ungenauigkeiten seien, vielfach sogar mit größeren Fehlern behaftet, sagt der Insider. Den ausschreibenden Stellen fehle es oftmals in «erschreckendem Ausmass» an Wissen. Wo dieses vorhanden sei, könne Marti weniger «abschöpfen».

Dies bestätigt eine Anfrage beim Bundesamt für Strassen (Astra), dessen Vergabewesen in der Baubranche und im Vergleich zu anderen Bauherren als äusserst professionell gilt. Rund 50 Zuschlüsse erhielt Marti seit 2015 vom Astra. Bei 30 Projekten stellte Marti zwar Nachforderungen, wie das Bundesamt auf Anfrage mitteilt. Doch betragsmässig bewegten sich diese «nur» in der Höhe von rund 5 Prozent des Gesamtbetrags.

Von den restlichen grossen Marti-Auftraggebern geben sich die meisten zugeknöpft, was das Thema Nachforderungen anbelangt. Zur Arbeit von Vertragspartnern gebe man keine Auskunft, heisst es etwa bei Stadt und Kanton Bern. «Nachforderungen sind jedoch eine Thematik und eine Herausforderung, welche wir in den letzten Jahren vermehrt beobachten», räumt Gerhard Ammann, Sprecher der kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion (BVD), ein.

Die Marti-Gruppe selbst liess auch die Fragen zum praktizierten Claim Management unbeantwortet.

Ihr Name

Ein Unternehmen bekommt viele Staatsaufträge? Dagegen ist nichts einzuwenden. Offenbar haben sie sich mit ihrem Geschäftsmodell, Maschinen- und Gerätepark darauf eingestellt. Nachforderungen lassen sich mit Bestellerkompetenz, sprich vollständigen Werkverträgen durch qualifizierte Ingenieure in Grenzen halten. Ein weiteres Mittel ist, die Nachträge nicht an den Auftragnehmer, sondern an ein anderes Unternehmen zu vergeben. Dies spricht sich schnell herum. Dann werden die Unternehmen wieder kostendeckende Offerten einreichen, da sie zu billige Angebote nicht mehr mit Nachträgen aufhübschen können.



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Web Ansicht

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288541
Ausschnitt Seite: 4/5

News Websites



Das «m» zeigt Risse: Das Bauunternehmen Marti geriet in letzter Zeit vermehrt in die Kritik.Foto: Beat Mathys



Blick von oben auf die Schaltzentrale mit Materiallager in Moosseedorf: Von hier aus lenkt Reto Marti das Familienimperium.Foto: Beat Mathys



Derzeit arbeitet Marti auch an der Umgestaltung des Viktoriaplatzes in Bern mit. Foto: Raphael Moser



Das sagen Berner Beizer zur Sperrstunde

Mexikanisch zum Mitnehmen, ein Punktekoch mit einem neuen Projekt, der Gastro-Bern-Präsident ist empört und der Gastrostreik befeuert – das sind die Reaktionen auf die neuen Regeln aus Stadt und Umgebung.

Publiziert heute um 20:10 Uhr

Jammern ist nicht Markus Arnolds Ding. Der mit 17 «Gault Millau»-Punkten ausgezeichnete und damit mutmasslich beste Koch der Bundesstadt hat mit seinem Restaurant dieses Jahr schon einiges erlebt. Mit grossem Erfolg lancierte er im Lockdown einen Brunch. Jetzt im Herbst konzentrierte er seinen Mittagsbetrieb auf zwei Tage, Gleiches mit dem Abend, an dem er ein Mehrgangmenü kredenzte. «Das ist nun nicht mehr möglich, wir brauchen vier Stunden, um alles zu servieren», sagt der Punktekoch, der auch einen «Michelin»-Stern hat.

Für Arnolds Menü bezahlt man gut und gern 150 Franken. Nun hat er ein neues Projekt lanciert, wie er es nennt: ein Dreigangmenü für 39.50 Franken. «Wir haben vorausgesehen, dass genau diese Situation eintreffen würde», sagt der Luzerner. Sein Konzept scheint aufzugehen: An den beiden Abenden verkauft er hundert solche Menüs, die seine Gäste am Helvetiaplatz abholen kommen.

«Das bringt nichts»

Ein Blick über den Stadtrand hinaus ins mexikanische Restaurant Desperado in Moosseedorf von Michael Pfister: Mit der Schliessung bis 21 Uhr sei er einigermaßen über die Runden gekommen. «Weil wir auch eine Bar sind, leben wir vom Alkoholverkauf», sagt der 40-Jährige. Die neue Regelung von 19 Uhr bedeute, dass er ab nächster Woche nicht mehr aufmachen werde. «Das bringt nichts.» Schweizer Gäste würden erst um diese Zeit essen gehen, die meisten Reservationen habe er auf 19 Uhr. Seit den Massnahmen des Kantons mit der 21-Uhr-Sperrstunde rechnet er mit 30 bis 40 Prozent Umsatzeinbusse. Seine fünfzehn Mitarbeitenden sind bei der Kurzarbeit angemeldet.

Schon vor dem ersten Lockdown betrieb er einen erfolgreichen Take-away. «Diesen werden wir wieder hochfahren, unsere Gäste wissen, wie es funktioniert», sagt er. Sein Tex-Mex-Essen mithilfe der Essensplattformen zu verkaufen, funktioniere nicht auf dem Land. Von einem Gericht, das er beispielsweise auf Eat.ch verkaufen würde, bliebe ihm nur 45 Prozent.

Resignation und Schlafstörungen

Tobias Burkhalter von Gastro Stadt Bern und Umgebung hält gar nichts von den am Freitag kommunizierten Massnahmen. «Ich mag es den welschen Kantonen gönnen, dass sie aufmachen dürfen.» Aber für Bern sei die Schliessung um 19 Uhr verheerend. Einen Pauschalrat gibt er seinen 670 Mitgliedern nicht, es hänge vom Restauranttyp ab, ob man offen haben könne.

Seine Mitglieder seien total resigniert, hätten Schlafstörungen und stünden vor dem Abgrund. Burkhalter fühlt sich allein gelassen vom Regierungsrat, man wisse nichts. Die Härtefallregelungen dürften wohl erst im Januar kommen. Gute Vorschläge seien vorhanden, wie beispielsweise ein Vorschlag des Gewerbeverbands.

Burkhalter führt selber vier Lokale und wartet seit viereinhalb Monaten auf Kurzarbeitsentschädigung. Für Samstag ist eine bewilligte Platzdemonstration der Gastronomen angesagt. Derzeit haben sich 138 Beizen dem Gastrostreik angeschlossen. Dass die neuen Massnahmen nun diesen befeuern werden, bezweifelt Burkhalter. Er betont, dass die Forderungen seines Verbands und des Kollektivs Gastrostreik sich decken.

Neue Regeln befeuern Gastrostreik

Anfang Woche entstand in einer losen Gruppierung von Berner Gastronomen die Idee zu streiken. Gleichentags, wie der Bundesrat die 19-Uhr-Regel aufs Tapet brachte, stellte der Gastrostreik, wie die Bewegung von eher links und alternativ angesiedelten Beizern heisst, Forderungen an den Regierungsrat. «Die 19-Uhr-Regel brachte das Fass



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288552
Ausschnitt Seite: 2/3

News Websites

zum Überlaufen. Und verlieh unserem Aufruf Aufschwung. Immer mehr Betriebe haben sich uns angeschlossen», sagt der Gastrostreik-Sprecher Diego Dahinden.

Sie nennen sich Basis, weil es primär um Anliegen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehe. Ihre wichtigste Forderung ist, dass geschlossene Restaurants Kurzarbeitsentschädigung erhalten sollen. Zudem sollen alle Arbeitnehmenden, die unter 4000 Franken verdienen, 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung erhalten.

Die Gastrobranche ist eine Tieflohnbranche, die Trinkgelder helfen den Angestellten einigermassen über die Runden, aber auch diese sind derzeit tief, weil wenig oder keine Gäste in den Lokalen konsumieren. «Unsere Forderungen bleiben auch nach den Anpassungen gleich, nur erhöht sich die Dringlichkeit.» Akut Betroffenen soll mit der Kurzarbeit schnell und unkompliziert geholfen werden.

Der Gastrostreik ist nicht nur ein Papiertiger, am Samstag gehen die Beizer für ihr Anliegen auf die Strasse. Respektive auf den Bahnhofplatz. Mit dem Anstieg der unterstützenden Beizen und dem gestrichenen Sonntagsverkauf dürfte es in der Berner Innenstadt im Bereich Bahnhof bis Kornhausplatz ziemlich eng werden. Die bewilligte Platzdemonstration auf einen anderen Platz zu verschieben, geht derzeit nicht: Auf dem Waisenhausplatz läuft der Weihnachtsmarkt, und auf dem Bundesplatz darf wegen der Session im Bundeshaus keine Demonstration stattfinden. «Es ist schwierig, abzuschätzen, wie viele Lokale teilnehmen werden, der Bahnhofplatz ist aber gross genug für uns», sagt Diego Dahinden. Er betont, dass ein Schutzkonzept vorhanden ist. Auch für den Sicherheitsabstand ist gesorgt, denn die Wirte nehmen Tische und Stühle für die Platzdemo mit.

Ihr Name



Lieber hätte der Sternekoch Markus Arnold Gäste in seiner Steinhalle am Helvetiaplatz. Foto: Franziska Rothenbühler



Online-Ausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 31 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'176'000
Page Visits: 4'719'271

Web Ansicht

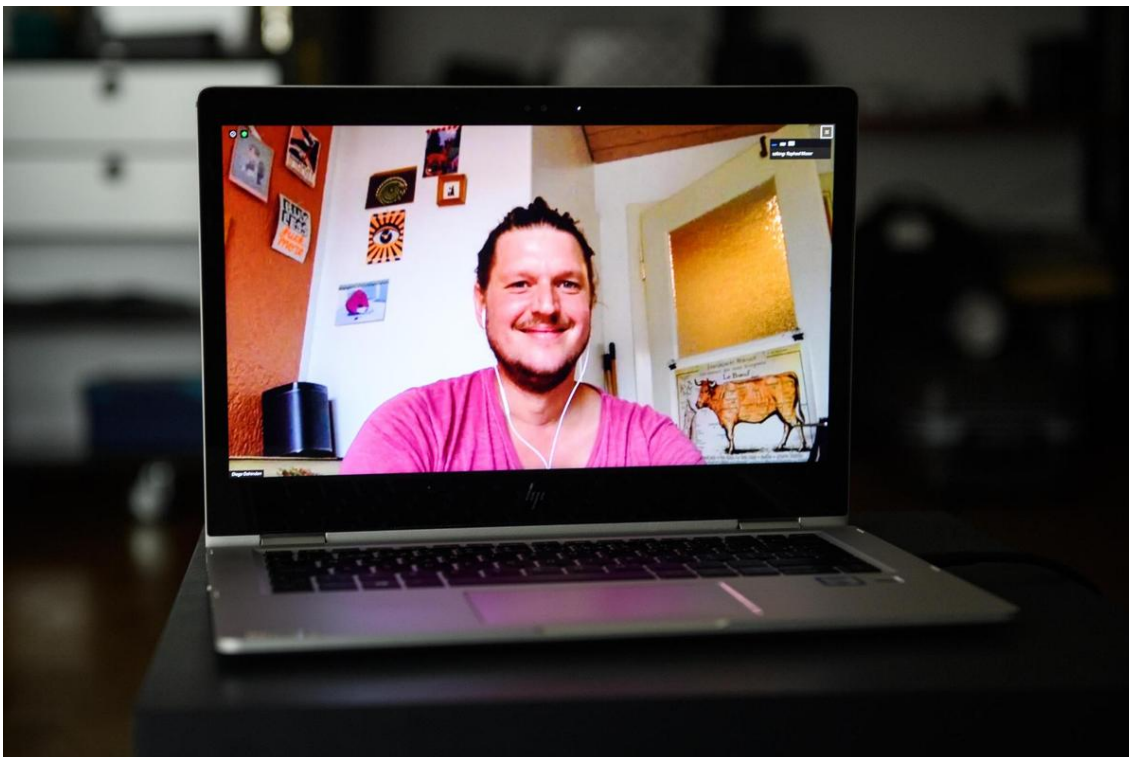
Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288552
Ausschnitt Seite: 3/3

News Websites



Tobias Burkhalter und seine Frau Nilgün führen das Della Casa, den Goldenen Schlüssel und die Schmiedstube, ausserhalb von Bern das Fähribeizli. Foto: Nicole Philipp



Diego Dahinden ist der Sprecher des Kollektivs Gastrostreik und Betreiber des Kapitels. Foto: Raphael Moser

So bettest du Gruppenbeiträge auf deiner Webseite ein

von Quentin Aeberli |
Dez 11, 2020 | Digitaler Dorfplatz , Tipps & Tricks



Jede Woche erklären wir dir eine kleine aber feine Funktion, damit du deine Zeit auf dem digitalen Dorfplatz optimal nutzen kannst. Heute: Beiträge auf deiner Webseite einbetten

Hier findest du weitere Tipps & Tricks

Damit du die Informationen deines Vereins, deiner Institution oder einer sonstigen Gruppe nicht doppelt erfassen musst, kannst du die öffentlichen Gruppenbeiträge auch gleich auf deiner Webseite einbetten. So erscheinen alle Beiträge, die du öffentlich im Namen deiner Gruppe auf dem digitalen Dorfplatz veröffentlichst, direkt am gewünschten Ort deiner Webseite.



Der digitale Dorfplatz

Crossiety - Der digitale Dorfplatz
8136 Gattikon
043 255 92 92
<https://www.crossiety.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Organisationen, Hobby

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288558
Ausschnitt Seite: 2/3

Veranstaltungen

Textfilter:

Kategorie: Ort:

11.08.2019 | 12:00 Uhr - 31.12.2020 | 12:00 Uhr AIKIDO für die Region Moossee

Lokalität: Schulanlage, Staffel II Aula, Turnhalle 1 (UG), Schulhausstrasse 23, 3302 Moosseedorf

The screenshot shows a calendar interface with two event entries. The first entry is for 'Kik Weihnachten' on December 20, 2020, organized by the 'Kirchgemeinde Münchenbuchsee-Moosseedorf' group. The second entry is for 'Christnachtfeier' on December 24, 2020, also organized by the same group. Both events are marked as 'ÖFFENTLICH' (public).

Bild: Veranstaltungskalender der Gemeinde Moosseedorf

So bettest du die Beiträge auf deiner Webseite ein

Auf Crossiety anmelden Auf dem Home-Bildschirm auf « Gruppen » klicken Deine gewünschte Gruppe auswählen Im Gruppenmenü auf «Einstellungen» klicken Ganz nach unten scrollen und den gewünschten Code kopieren Auf deiner Webseite diesen Code mit dem entsprechenden Widget an gewünschter Stelle einbetten Auf Crossiety auf « Dorfplatz » klicken Einen neuen Beitrag erstellen und bei der Sichtbarkeit «Öffentlich» wählen



Der digitale Dorfplatz

Crossiety - Der digitale Dorfplatz
8136 Gattikon
043 255 92 92
<https://www.crossiety.ch/>

Medienart: Internet
Medientyp: Organisationen, Hobby

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 79288558
Ausschnitt Seite: 3/3

News Websites

Einbetten

Kopiere folgenden Code und füge ihn auf deiner Website ein, um die Beiträge einzubetten.

Alle Neuigkeiten Agenda

Gut zu wissen

Du kannst selber entscheiden, was alles auf der Webseite angezeigt werden soll. Entweder lässt du alle deine Beiträge, nur deine Neuigkeiten oder nur deine Veranstaltungen auf der Webseite einbetten. So kannst du in Zukunft den News- und Event-Bereich deiner Webseite automatisch von Crossiety aus steuern.

Jetzt Schnittstelle einrichten



So bettest du Gruppenbeiträge auf deiner Webseite ein

von Quentin Aeberli | Dez 11, 2020 | Digitaler Dorfplatz , Tipps & Tricks

Jede Woche erklären wir dir eine kleine aber feine Funktion, damit du deine Zeit auf dem digitalen Dorfplatz optimal

...öffentlich im Namen deiner Gruppe auf dem digitalen Dorfplatz veröffentlichst, direkt am gewünschten Ort deiner Webseite. Bild: Veranstaltungskalender der Gemeinde [Moosseedorf](#) So bettest du die Beiträge auf deiner Webseite ein Auf Crossiety anmelden Auf dem Home-Bildschirm auf « Gruppen » klicken Deine...